_

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 02.10.2002

2. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 03.09.2003

3. Instanz

Datum 06.05.2004

Auf die Revision der KlĤgerin wird das Urteil des SĤchsischen Landessozialgerichts vom 3. September 2003 aufgehoben. Der Rechtsstreit wird zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an dieses Gericht zurļckverwiesen.

GrÃ1/4nde:

Streitig ist, ob der beklagte Zusatzversorgungsträger fþr die Klägerin bezogen auf den Zeitraum vom 1. Januar 1981 bis zum 30. Juni 1990 (weitere) Zeiten der Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz (AVItech) und die daraus erzielten Arbeitsentgelte festzustellen hat.

Die Klå¤gerin hatte seit 1968 in der DDR die Berechtigung, den Titel einer Diplom-Ingenieurin zu få½hren. Sie arbeitete von September 1971 bis Mai 1974 als Vorbereitungsingenieurin beim Rat der Stadt L. , Hauptplantrå¤ger; in dieser Zeit war sie in die freiwillige zuså¤tzliche Altersversorgung få½r Mitarbeiter des Staatsapparates (AVSt) einbezogen und sodann nach den Regeln dieses Versorgungssystems aus diesem ausgeschieden, als der Arbeitsvertrag aufgehoben

wurde; von Juni 1974 bis Dezember 1980 war sie als Projektingenieurin beim VE Kombinat f \tilde{A}^{1}_{4} r Baureparaturen und Rekonstruktion L. besch \tilde{A} #ftigt. F \tilde{A}^{1}_{4} r diese Zeitr \tilde{A} #ume hat die Beklagte Zugeh \tilde{A} ¶rigkeitszeiten, daraus erzielte Entgelte und Arbeitsausfalltage gem \tilde{A} # \tilde{A} $\tilde{$

Von Januar 1981 bis zum 30. Juni 1990 war die Klägerin als Projektingenieurin beim VEB Denkmalpflege L. beschäftigt. In der DDR ist sie nach Mai 1974 in kein Versorgungssystem einbezogen worden.

Mit Bescheid vom 30. Oktober 2000, bestĤtigt durch den Widerspruchsbescheid vom 7. Februar 2001, lehnte die Beklagte (ua) den Antrag der KlĤgerin ab, fĽr sie im Zeitraum vom 1. Januar 1981 bis zum 30. Juni 1990 ZugehĶrigkeitszeiten zur AVItech festzustellen; sie habe zwar als Diplomingenieurin im VEB Denkmalpflege BeschĤftigungen von entsprechender QualitĤt verrichtet; sie sei aber nicht in einem Produktionsbetrieb oder gleichgestellten Betrieb beschĤftigt gewesen.

Das SG Leipzig hat die Klagen mit Urteil vom 2. Oktober 2002 abgewiesen. Der VEB Denkmalpflege L. habe in der DDR nicht dem Wirtschaftsbereich der Industrie und des Bauwesens angeh \tilde{A} ¶rt, sondern dem der Kultur. Er sei dem Rat der Stadt L. , Abteilung Kultur, und dem Ministerium f \tilde{A} ½r Kultur unterstellt und damit anders als sein Vorg \tilde{A} ¤nger, das VE Kombinat f \tilde{A} ½r Baureparaturen und Rekonstruktion L. , nicht dem Rat der Stadt L. , Stadtbauamt, untergeordnet gewesen.

Das SÃxchsische LSG hat die Berufung der KlÃxgerin durch Urteil vom 3. September 2003 zurückgewiesen und ausgeführt: Das AAÃ∏G sei nicht anwendbar, weil die KIägerin zum 1. August 1991 entgegen § 1 Abs 1 AAÃ∏G weder eine wirkliche noch eine fiktive Versorgungsberechtigung gehabt habe. Der VersorgungstrĤger habe auch im Ablehnungsbescheid keine ErklĤrung über das Bestehen einer solchen Berechtigung abgegeben. Die Voraussetzungen få¼r eine fiktive Einbeziehung in die AVItech auf Grund einer verfassungskonformen erweiternden Auslegung des § 1 Abs 1 AAÃ∏G lägen nicht vor, weil die Klägerin die betriebliche Voraussetzung nicht erfļlle. Der VEB Denkmalpflege L. sei kein Produktionsbetrieb der Industrie oder des Bauwesens gewesen. Ein "volkseigener Produktionsbetrieb" iS der zum 1. August 1991 nach Bundesrecht gA¹/₄ltigen Regelung des § 1 Abs 2 der 2. Durchführungsbestimmung (2. DB) zur Verordnung ýber die zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (VO-AVItech â∏∏ vom 17. August 1950 (GBI S 844)) vom 24. Mai 1951 (GBI Nr 62 S 487) liege nur vor, wenn der VEB erstens organisatorisch dem industriellen Produktionssektor der DDR-Planwirtschaft zugeordnet war, und zweitens als Hauptzweck die industrielle Fertigung, Fabrikation, Herstellung bzw Produktion von SachgA¹/₄tern verfolgte; Gleiches gelte für einen VEB-Produktionsbetrieb im Bauwesen. Ein VEB-Produktionsbetrieb des Bauwesens iS der 2. DB kA¶nne daher nur vorliegen, wenn der Betrieb als seinen Hauptzweck BautÃxtigkeiten ausgeführt habe. Der Arbeitgeber der Klägerin sei aber â∏ anders als sein Vorgänger â∏ dem Rat der Stadt L., Kultur, und dem Ministerium für Kultur untergeordnet gewesen. Dies

ergebe sich nicht nur aus dem Antrag auf Eintragung in das Register der volkseigenen Wirtschaft vom 8. Dezember 1977, sondern auch aus der Verfýgung des Ministeriums fÃ⅓r Kultur vom 14. April 1977 Nr 8, die das Statut der "Produktionsleitung Denkmalpflege" betroffen habe. GemÃxÃ∏ § 1 der VerfÃ⅓gung sei die "Produktionsleitung Denkmalpflege" das wirtschaftsleitende Organ der VEB Denkmalpflege im Verantwortungsbereich des Ministeriums fÃ⅓r Kultur gewesen. Der "Produktionsleitung Denkmalpflege" seien VEB Denkmalpflege unterstellt worden. Durch diese Unterstellung habe der VEB Denkmalpflege L. nicht zum Ministerium fÃ⅓r Bauwesen oder zu einem der acht Industrieministerien gehört. Unter diesen Bedingungen hÃxtten die VEB Denkmalpflege Restaurierungs- und ErhaltungsmaÃ∏nahmen durchfÃ⅓hren, traditionelle Handwerkstechniken fördern und bewahren sowie kultur- und kunsthistorisch wertvolle bauliche Altsubstanz unter der FederfÃ⅓hrung des Ministeriums für Kultur erhalten mÃ⅓sen.

Demgegenüber habe "nach dem Vortrag der Klägerin" ein nicht unerheblicher Teil der Aufgaben allgemeine Planungs- und Ausführungsarbeiten im Bereich von modernen Abbruch- und Neubauvorhaben umfasst, die dem eigentlichen, im herkömmlichen Sinn verstandenen Baubereich zuzuordnen seien. Im Verhältnis zu "echten" volkseigenen Produktionsbetrieben des (modernen) Bauwesens der DDR, die ausschlieÃ□lich Neubauvorhaben durchführten und auch nur hierfür die technischen Voraussetzungen besaÃ□en, habe der VEB Denkmalpflege L. somit eine Zwischenstellung eingenommen. Deshalb komme es entscheidend darauf an, welchem staatlichen Leitungsorgan der Beschäftigungsbetrieb unterstellt gewesen sei. AuÃ□erdem sei der VEB Denkmalpflege L. kein gleichgestellter Betrieb iS von § 1 Abs 2 der 2. DB und keine Einrichtung iS der Verordnung über die Altersversorgung der Intelligenz an wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen der DDR (AVIwiss) vom 12. Juli 1951 (GBI Nr 85 S 675 (geändert durch Verordnung vom 13. Mai 1959 GBI I S 521)) gewesen.

Die â∏ vom LSG zugelassene â∏ Revision rügt sinngemäÃ∏ eine Verletzung der §Â§ 1 Abs 1, 5 und 8 AAÃ∏G. Die Frage, ob der VEB Denkmalpflege L. ein Produktionsbetrieb des Bauwesens gewesen sei, habe das Berufungsgericht falsch beantwortet. Es sei rechtsfehlerhaft, als entscheidendes Kriterium auf das Unterstellungsverhältnis abzustellen. AuÃ∏erdem sei der VEB Denkmalpflege L. gerade nicht der "Produktionsleitung Denkmalpflege" unterstellt gewesen, der nur die VEB Denkmalpflege Berlin, Dresden, Halle, Erfurt und Schwerin untergeordnet gewesen seien. Die "Denkmalpflege-Entscheidung" des BSG vom 18. Dezember 2003 habe die VEB Denkmalpflege Schwerin betroffen. Nach der Rechtsprechung des BSG komme es grundsÄxtzlich auf eine Einzelfallprļfung bei jedem VEB an; diese sei vom LSG nicht durchgefļhrt worden. Der VEB Denkmalpflege L. sei nämlich im Wesentlichen in L. im Rahmen der Verwirklichung des städtischen Wohnungsbauprogramms mit Neubau, Rekonstruktion, Modernisierung und Erhaltung der Bausubstanz beschägtigt gewesen. Er sei bei vielen Bauvorhaben der Stadt L. Hauptauftragnehmer gewesen und habe seine Planungs- und Ausführungsaufträge vom Rat der Stadt L., Ratsbereich Kultur, und vom Hauptauftraggeber Wohnungs- und Gesellschaftsbau sowie von

Investitionsauftraggebern aller Bereiche der Volkswirtschaft erhalten.

Die KlĤgerin beantragt,

das Urteil des Sächsischen LSG vom 3. September 2003, das Urteil des SG Leipzig vom 2. Oktober 2002 und die Ablehnungsentscheidung der Beklagten im Bescheid vom 30. Oktober 2000 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 7. Februar 2001 aufzuheben und diese zu verpflichten, die Zeiten der Beschäftigung der Klägerin vom 1. Januar 1981 bis zum 30. Juni 1990 als Zugehörigkeitszeiten zur AVItech sowie die daraus erzielten Arbeitsverdienste festzustellen.

Die Beklagte beantragt, die Revision zurĽckzuweisen.

Sie hält das angefochtene Urteil fþr zutreffend. Zwar seien Betriebe, die weder einem Industrieministerium noch dem Ministerium fþr Bauwesen als staatlichem Leitungsorgan unterstellt waren, nicht von vornherein vom betrieblichen Geltungsbereich der AVItech ausgeschlossen. Im Ergebnis habe aber das LSG zutreffend festgestellt, dass der Hauptzweck des VEB Denkmalpflege L. keine industrielle Bauproduktion war und diese ihm nicht das Gepräge gab, sondern dass dieser VEB fþr Restaurierungs- und ErhaltungsmaÃ□nahmen geschaffen wurde.

Nachdem sich in der mýndlichen Verhandlung vor dem BSG herausgestellt hatte, dass die Klägerin von 1971 bis 1974 in die AVSt einbezogen gewesen war, ferner, dass die Beklagte dies bereits einmal durch einen Bescheid vom 16. Mai 1994 festgestellt, jedoch diesen und alle Unterlagen hierýber inzwischen vernichtet und ferner dem BSG â∏ wie schon den Vorinstanzen â∏ nicht die gesamten Verwaltungsvorgänge des Versorgungsträgers Ã⅓ber die Klägerin, sondern nur eine von ihr getroffene Auswahl an Unterlagen zur VerfÃ⅓gung gestellt hatte, haben die Beteiligten auf Anregung des BSG durch angenommenes Anerkenntnis geregelt, dass der Klägerin zum 1. August 1991 eine fiktive Versorgungsberechtigung nach § 1 Abs 1 Satz 2 AAÃ☐G zusteht.

Ш

Die zulĤssige Revision der KlĤgerin ist iS der Aufhebung des angefochtenen Urteils des LSG und der ZurĽckverweisung des Rechtsstreits an das Berufungsgericht begrĽndet (§ 170 Abs 2 Satz 2 SGG). Denn das BSG kann auf Grund der vom LSG getroffenen Feststellungen nicht abschlieÄ∏end entscheiden, ob die KlĤgerin nach den §Â§ 8, 5 AAÄ∏G vom beklagten TrĤger beanspruchen kann, wegen ihrer BeschĤftigung beim VEB Denkmalpflege L. auch die Zeiten vom 1. Januar 1981 bis zum 30. Juni 1990 als "ZugehĶrigkeitszeiten" iS von § 5 Abs 1 AAÄ∏G und die aus dieser BeschĤftigung erzielten Arbeitsverdienste festzustellen.

1. Das $AA\tilde{A} \Box G$ ist nach \hat{A} § 1 Abs 1 Satz 2 aaO auf die Kl \tilde{A} ¤gerin anwendbar, weil die Beteiligten durch den prozessrechtlichen (\hat{A} § 101 Abs 2 SGG) und verwaltungsrechtlichen Vertrag (\hat{A} § \hat{A} § 53 Abs 1, 56, 58 SGB X) des angenommenen Anerkenntnisses (aA Meyer-Ladewig, SGG, Kommentar, 7. Aufl 2002, \hat{A} § 101 RdNr

22, ohne Angabe von $Gr\tilde{A}_{n}^{1}$ nden), der durch zwei aufeinander bezogene und inhaltlich \tilde{A}_{n}^{1} bereinstimmende prozess- und materiell-rechtliche Erkl \tilde{A} ¤rungen abgeschlossen wurde, verf \tilde{A}_{n}^{1} gend geregelt haben, die Kl \tilde{A} ¤gerin sei zum 1. August 1991 iS von \hat{A} § 1 Abs 1 Satz 2 AA \tilde{A} \square G fiktiv versorgungsberechtigt gewesen. Das BSG ist an diese formwirksam geschlossene vertragliche Regelung, die Doppelnatur hat, gebunden. Prozessrechtlich ist dadurch der Streit um den Anspruch auf die Feststellung einer fiktiven Versorgungsberechtigung und der daraus folgenden Einbeziehung in den pers \tilde{A} nlichen Geltungsbereich des AA \tilde{A} \square G nach \hat{A} § 1 Abs 1 Satz 2 aaO, der ein eigenst \tilde{A} ¤ndiger und f \tilde{A} 1 4r das Begehren auf Feststellung von Daten nach den \hat{A} § \hat{A} § 5 bis 8 AA \tilde{A} \square G vorgreiflicher Anspruch ist, in der Hauptsache erledigt (\hat{A} § 101 Abs 1 SGG). Materiell-rechtlich steht fest, eine fiktive Versorgungsberechtigung der Kl \tilde{A} ¤gerin besteht, so dass nach \hat{A} § 1 Abs 1 Satz 2 AA \tilde{A} \square G die \hat{A} § \hat{A} § 5 bis 8 AA \tilde{A} \square G auf die Kl \tilde{A} ¤gerin anwendbar sind.

Dies konnte das LSG noch nicht ber $\tilde{A}^{1/4}$ cksichtigen, weil ihm die Tatsachen $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Vorg \tilde{A} ¤nge von 1971 bis 1974 und $\tilde{A}^{1/4}$ ber das erste Verwaltungsverfahren der Beklagten hierzu nicht bekannt waren.

- 2. Das BSG hat auf der Anspruchsgrundlage der §Â§ 8 Abs 1 bis 4, 5 Abs 1 AAÃ\[G\] nur zu prÃ\[Af\]4fen, ob fÃ\[Af\]4r den streitigen Zeitraum "ZugehÃ\[Rigkeitszeiten" und Arbeitsentgelte festzustellen sind. Die bei FeststellungsansprÃ\[Achen aus Â\§ 8 Abs 1 bis 4 AAÃ\[G\]6 stets vorab zu prÃ\[Af\]4fende erste Stufe, die der Anwendbarkeit des gesamten AAÃ\[G\]6 nach Â\§ 1 Abs 1 Satz 1 oder nur der Â\§Â\§ 5 bis 8 AAÃ\[G\]6 nach Â\§ 1 Abs 1 Satz 2 AAÃ\[G\]6, ist hier durch Vertrag geregelt.
- a) Auf der zweiten Stufe der Prüfung eines Feststellungsbegehrens aus § 8 Abs 1 bis 4 AAÃ☐G kommt es nach Bundesrecht allein darauf an, ob die Klägerin im streitigen Zeitraum eine Beschäftigung in der DDR ausgeübt hatte, die ihrer Art nach vom abstrakt-generell geregelten fachlichen Geltungsbereich einer (am 1. August 1991 als Bundesrecht gültigen) Versorgungsordnung (in deren am 30. Juni 1990 maÃ☐geblich gewesenen Fassung) erfasst ist; das gilt auch für sog Vorsystemzeiten, sog Anwartschaftszeiten und Zeiten, für die in der DDR Beiträge erstattet wurden (§ 5 Abs 2, 2a, 3 AAÃ☐G).

Hingegen kommt es auf der zweiten Stufe nicht darauf an, ob und ggf wann der Betroffene durch einen besonderen Akt (zB Erteilung einer Versorgungszusage, AushĤndigung einer Urkunde, Einzelvertrag, Einzelentscheidung etc) in ein Versorgungssystem tatsĤchlich einbezogen wurde; ebenso ist unerheblich, ob er in den fraglichen Zeiten von der DDR als zugehĶrig oder nicht zugehĶrig behandelt oder sogar eigens ausgeschlossen wurde; dies alles hat Bedeutung nur auf der ersten Stufe, also fýr die Frage, ob zum 1. August 1991 eine "wirkliche" (§ 1 Abs 1 Satz 1 AAÃ \Box G) oder eine "fiktive" (§ 1 Abs 1 Satz 2 AAÃ \Box G auch in verfassungskonformer Auslegung) Versorgungsberechtigung bestanden hat.

Auf der dritten Stufe, also bei der "Subsumtion" der Tatsachen, die im streitigen Zeitraum in der DDR eingetreten bzw verwirklicht worden waren, stehen VersorgungstrĤger und Sozialgerichtsbarkeit vor einer besonderen Aufgabe, die im Wesentlichen nur mit der Subsumtion von "auslĤndischen" Tatsachen unter (nach

Bundesrecht selbst als bloÃ \Box e Tatsache zu verstehendes) "auslÃxndisches Recht" nÃxherungsweise vergleichbar ist. Zwar ist der abstrakt-generelle fachliche Geltungsbereich des am 1. August 1991 gÃxltigen Versorgungsrechts (partielles) Bundesrecht; dessen Inhalte beziehen sich aber nur rÃxckschauend auf Gegebenheiten der DDR und verlangen die Zuordnung von Tatsachen, die sich damals ergeben haben. Deren sozialer Sinn und Bedeutung fÃxch den fachlichen Geltungsbereich der Versorgungsordnungen lÃxsst sich annÃxhernd zutreffend nur erschlieÃxen, wenn der damalige Kontext mitberÃxcksichtigt wird. Zu diesem gehÃxren aber auch die Versorgungsordnungen. Als faktischer Bestandteil der damaligen "Normalitxx" indizieren sie, wenn es bei der Beweiswxxrdigung um Tatsachen, faktische Ablxxufe, xxrdiche Verhaltensweisen etc geht, eine entsprechend ihren Regeln gleichartige Verwaltungs- und Lebenspraxis. Insoweit kxxrdigen.

b) Auch im vorliegenden Fall kommt es auf der zweiten Stufe, auf der die jeweiligen versorgungsrechtlichen Vorgaben des Bundesrechts zu prüfen sind (siehe oben), allein darauf an, ob die von der Klägerin im umstrittenen Zeitraum verrichtete Beschäftigung vom abstrakt-generellen fachlichen Geltungsbereich einer (am 1. August 1991 als Bundesrecht gültigen) Versorgungsordnung (in ihrer am 30. Juni 1990 maÃ∏geblichen Fassung) erfasst war.

Da die KlĤgerin in dieser Zeit als Projektingenieurin beim VEB Denkmalpflege L. beschĤftigt war und Hinweise auf eine zweite oder verborgene weitere BeschĤftigung nicht vorliegen, kann die ausgeĽbte BeschĤftigung nur vom abstrakt-generellen fachlichen Geltungsbereich der AVItech erfasst sein. Unerheblich ist, dass sich die Anwendbarkeit des AAÄ∏G auf der ersten Stufe nach dem og Vertrag inhaltlich aus der früheren Zugehörigkeit der KlĤgerin zur AVSt ergeben hat; denn für die Zuordnung der Beschäftigung zu einem Versorgungssystem kommt es nicht darauf an, weshalb der Betroffene auf der ersten Stufe unter den persönlichen Anwendungsbereich des AAÃ∏G fiel.

Nach den §Â§ 1, 5 der Verordnung über die AVItech vom 17. August 1950 (GBI S 844) iVm § 1 Abs 1 Satz 1 und Abs 2 der 2. Durchführungsbestimmung (2. DB) zur AVItech vom 24. Mai 1951 (GBI Nr 62 S 487) erstreckt sich der abstraktgenerelle fachliche Geltungsbereich der AVItech bei weitem nicht auf jede berufliche Tätigkeit im Bereich der Technik und angewandten Wissenschaften, sondern nur auf Beschäftigungen,

â die nach ihrem qualitativen Anforderungsprofil von Arbeitnehmern verrichtet
werden mussten, die damals berechtigt waren, die Berufsbezeichnungen
"Ingenieur", "Konstrukteur", "Architekt", "Techniker" oder "Werksdirektor" zu
führen oder die Lehrer technischer Fächer an Fach- oder Hochschulen waren,

und die

â∏ für einen Arbeitgeber ausgeführt wurden, der ein volkseigener Produktionsbetrieb der Industrie oder des Bauwesens oder einem solchen gerade durch § 1 Abs 2 der 2. DB gleichgestellt worden war.

- c) Zwar war die KlĤgerin Ingenieurin und mit qualitativ entsprechenden Aufgaben betraut. Es kann aber nach den Ausfļhrungen des LSG die Frage noch nicht beantwortet werden, welche Aufgaben gerade dem VEB Denkmalpflege L. von Januar 1981 bis Juni 1990 jeweils das GeprĤge gegeben haben, welchen Hauptzweck er im jeweiligen Kalenderjahr tatsĤchlich verfolgte.
- aa) Hierzu hat das LSG lediglich mitgeteilt, dass dieser VEB "nach dem Vortrag der KIägerin" in erheblichem Umfang wie ein volkseigener Produktionsbetrieb im modernen Bauwesen der DDR eingesetzt worden sei. Zutreffend hat das LSG zwar erkannt, dass der Arbeitgeber der Klägerin durch â§ 1 Abs 2 der 2. DB einem VEB-Produktionsbetrieb nicht gleichgestellt ist. Es ist dem Urteil aber nicht zu entnehmen, ob das LSG den Vortrag der KlĤgerin für in der Sache zutreffend erachtet hat. Insoweit liegen bezüglich des Vortrags der Klägerin widersprüchliche Tatsachenfeststellungen des LSG vor; denn zum einen hat es den Vortrag der KlĤgerin mit dem Inhalt festgestellt, es habe sich um einen ganz normalen volkseigenen Baubetrieb gehandelt, dem die Bauproduktion das Gepräge gegeben habe, zum anderen hat es sich auf die Tatsache gestützt, die KIägerin habe gar keine vorwiegende Befassung des VEB mit Aufgaben des Bauwesens vorgetragen. Das Urteil des LSG reicht also schon deshalb nicht aus zu erkennen, welchen von den sich widersprechenden Inhalten es als Vortrag der Klägerin festgestellt und ob es sich überhaupt einen von ihnen "beweiswürdigend" mit dem Ã∏berzeugungsgrad des Vollbeweises zu Eigen gemacht hat. Bei der hier noch streitigen Prüfung der Beschäftigungszeiten von 1981 bis Juni 1990 fehlen ferner Feststellungen dazu, ob und ggf wann eine "Geprägeänderung" stattgefunden hat oder ob die Umstrukturierung 1981 gegenüber dem Aufgabenkreis des VE Kombinat für Baureparaturen und Rekonstruktion die Aufgabenstellung nicht wesentlich verĤndert hat. Ferner kommt es bei § 5 AAÃ∏G, anders als bei § 1 Abs 1 Satz 2 AAÃ∏G, auf die Verhältnisse im jeweiligen Kalenderjahr an.
- bb) Das LSG wird nunmehr vor allem zu prüfen haben, welchen Hauptzweck der VEB Denkmalpflege L. von 1981 bis Juni 1990 tatsächlich verfolgt hat. Hierfür können die von der Klägerin angesprochenen Beweismittel zu den wirklich in L. erfüllten Aufgaben, die Statuten des VEB Denkmalpflege L. und besonders seine Geschäftsunterlagen, aber auch Zeitzeugen, ausschlaggebend werden. Insbesondere ist zu prüfen, ob dieser VEB ein produzierender Betrieb war und was mit welchem Anteil am Betriebsaufwand und am Betriebsergebnis tatsächlich produziert wurde. Es bedarf einer durch noch festzustellende Hilfstatsachen gestützten Würdigung, ob die denkmalpflegerischen Aufgaben oder aber die Aufgaben des modernen Bauwesens der DDR überwogen haben.

Sollte sich dies für das LSG anhand der Hilfstatsachen weder in dem einen noch in dem anderen Sinne mit dem Beweisgrad des Vollbeweises klären lassen, könnte es für die Beweiswürdigung auf die Frage der Zuordnung zum Wirtschaftsbereich ankommen. Insoweit wird das LSG ggf neu zu prüfen haben, ob der Arbeitgeber der Klägerin wirklich der "Produktionsleitung Denkmalpflege"

(sowie der fachwissenschaftlichen Anleitung durch das Institut fýr Denkmalpflege) unterstellt war und woraus sich dies konkret ergibt.

Hingegen ist die Unterstellung eines VEB unter ein anderes als ein Ministerium der Industrie bzw des Bauwesens aus sich heraus allein nicht ausreichend, einen Produktionsbetrieb der Industrie oder des Bauwesens abzulehnen. Die UnterstellungsverhĤltnisse kĶnnen Ľber eine bloÄ□ indizielle Wirkung hinaus eine ausschlaggebende Bedeutung bei der Beweiswļrdigung nur erlangen, wenn alle erreichbaren Beweismittel zu den wirklichen Aufgaben des VEB erschĶpft sind und wenn ferner die Unterstellung unter einen anderen Wirtschaftsbereich ausnahmsweise aus besonderen Grļnden sogar dann sachlich gerechtfertigt gewesen sein kĶnnte, wenn in Wirklichkeit die industrielle oder Bauproduktion dem VEB das GeprĤge gaben. Dies wĤre jedenfalls bei einem VEB mit zu wÄ⅓rdigen, der in erheblichem Umfang, wenn auch nicht prĤgend, denkmalpflegerische Aufgaben im engeren Sinn verrichtet hat.

In jedem Falle wird aber das LSG vorab â unter Aussch Angfung der ihm zug Axnglichen Beweismittel â die konkreten Hilfstatsachen feststellen m A¼ssen, die A¼berhaupt erst die beweisw A¼rdigende Erkenntnis der Haupttatsache des tats Axchlichen Gepr Axges der Aufgabener f A¼llung des VEB Denkmalpflege L. in den jeweiligen Kalenderjahren erm Anglichen.

Das LSG wird auch über die Kosten des Revisionsverfahrens zu befinden haben.

Erstellt am: 16.07.2004

Zuletzt verändert am: 20.12.2024